



Resolution

Bildungsgewerkschaften zur Flüchtlingssituation in Europa: Förderung der Bildung als Schlüssel zu Integration und Inklusion

**Verabschiedet von der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der
Bildungsinternationalen, auf der Tagung vom 6. - 8. Dezember 2016 in Belgrad**

Die EGBW-Konferenz vom 6. - 8. Dezember 2016, zusätzlich zu und übereinstimmend mit den vom 7. BI-Kongress 2015 in Ottawa angenommenen Resolutionen, den auf der EGBW-Konferenz in Budapest 2012 und auf der Sonderkonferenz 2014 in Wien angenommenen Resolutionen,

Hält wie folgt fest, dass:

1. die globalen Turbulenzen der letzten Jahrzehnte, die Krisen, Konflikte und Kriege im Nahen Osten und Afrika verursacht haben, sowie die Konsequenzen des Klimawandels weltweit haben dazu geführt, dass Millionen von Menschen auf der Suche nach Sicherheit, Hilfe, Schutz und die Aussicht auf ein besseres Leben aus ihren Heimatländern in benachbarte Staaten und nach Europa flüchten;
2. der große und plötzliche Ansturm von MigrantInnen, Flüchtlingen, Asyl suchenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in Europa internationalen Schutz suchen, hat sich für Europa zu einer der größten humanitären Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt;
3. Bildungsbeschäftigte und ihre Gewerkschaften sind führend bei der Förderung einer nachhaltigen Integration und Inklusion. Sie kämpfen gegen jeglichen Extremismus sowohl in Bildungseinrichtungen als auch in der Gesellschaft allgemein; dennoch werden die Bildungsbeschäftigten und Bildungseinrichtungen im Umgang mit den neuen SchülerInnen und Studierenden, die sich aus MigrantInnen, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen zusammensetzen, allein gelassen - es fehlen pädagogische, finanzielle und administrative Hilfen und die Langzeitunterstützung, die sie benötigen, um auf die Bedürfnisse dieser Studierenden kompetent einzugehen und Lösungen zu schaffen;
4. die von einigen Staaten vollzogenen Sparmaßnahmen im Bildungshaushalt und in den Haushalten anderer öffentlicher Dienstleistungen, führen, zusätzlich verstärkt durch die schwindende Attraktivität des Lehrberufs, zu einem Mangel an Lehrkräften sowohl mit Fachkompetenz als auch einer Ausbildung für die besonderen Bedürfnisse der SchülerInnen und Studierenden, die als Migrantinnen, Flüchtlinge oder AsylbewerberInnen zu ihnen



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

- kommen. Diese Situation könnte sich noch weiter zuspitzen, da nationale Regierungen nach Wegen suchen, ihre Migrations- und Flüchtlingspolitik durch weitere Budgetkürzungen zu finanzieren;
5. ohne Integration und Inklusion von MigrantInnen, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in Bildung und Gesellschaft entstehen pro Staat und Jahr finanzielle Verluste in Höhe von mehreren Milliarden Euro, wobei eine erfolgreiche Integration eine wertvolle Bereicherung für die Gesellschaft sein kann, auch in wirtschaftlicher Hinsicht;
 6. die vorherrschende Konzentration auf militärische und finanzielle Interessen im Mittelmeerraum hat bestehende Schieflagen verstärkt und die Situation der Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber, darunter Mädchen und Frauen, verschlimmert;
 7. das Unvermögen der Regierungen in Europa, insbesondere der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, eine schlüssige, eindeutige, gemeinsame und einheitliche statt zersplitterte Migrationspolitik einschließlich des entsprechenden rechtlichen Rahmens zu gestalten, einschließlich des grundlegenden Prinzips der Solidarität, hat bereits Tausenden im Mittelmeer das Leben gekostet;
 8. die derzeitigen Einschränkungen auf der Balkanroute, die Abgrenzung, die Zäune und die auf vermeintlichen Nationalitäten basierenden Festnahmen tausender MigrantInnen, AsylbewerberInnen und Menschen, die um internationalen Schutz ersuchen, unterminieren den Respekt nicht nur vor dem internationalen Recht sondern auch vor Europas demokratischen und sozialen Wertvorstellungen im Hinblick auf Grund- und Menschenrechte; Die EU- und die europäischen Staaten sollten sich solidarisch dafür einsetzen, dass Migranten, Flüchtlinge, Asylsuchende und Personen, die internationalen Schutz gemäß den internationalen Übereinkommen und Normen beanspruchen, ein geordneter Grenzübertritt ermöglicht wird;
 9. der plötzliche und massive Flüchtlingsstrom und die Vertriebenen, die in Europa internationalen Schutz suchen, sind nicht nur eine humanitäre Herausforderung, sondern diese Situation wirkt sich auch massiv auf die Integritäts- und Sicherheitsbedürfnisse der europäischen Staaten aus;
 10. wegen der Dringlichkeit dieser Situation hat das Unvermögen, eine faire Migrations- und Asylpolitik zu entwickeln, in ganz Europa zunehmend den Weg für Extremismus und radikale Bewegungen geebnet, die tief in Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verwurzelt sind und in der Gesellschaft stillschweigende Zustimmung finden.

Stellt fest, dass:

11. Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht, das allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, ungeachtet ihrer sozio-ökonomischen und kulturellen Herkunft - ob einheimische Staatsbürger oder Angehörige von Drittstaaten – ein gutes Leben ermöglichen kann, ihnen die Chance auf annehmbare Arbeit gibt und sie am demokratischen Geschehen



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

- eines Landes teilnehmen lässt; Bildung spielt außerdem eine Hauptrolle bei der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Respekts;
12. Bildungseinrichtungen aller Bildungsebenen sollten sichere und gesunde Orte sein, die Leistung in Lehre und Lernen fördern. Daher ist die Schaffung eines Umfeldes von entscheidender Bedeutung, in dem SchülerInnen und Studierende lernen und Bildungsbeschäftigte in einem positiven, gesunden und sicheren Umfeld arbeiten können, ungeachtet ihrer sozio-ökonomischen oder kulturellen Herkunft;
 13. Bildungsbeschäftigte stehen an vorderster Front jeder Integrationspolitik, von der frühkindlichen bis zur Hochschulbildung, und in allen Arten von Bildungseinrichtungen. Es ist die Aufgabe der Bildungsbeschäftigten, qualitativ hochwertige Bildung an immer mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu vermitteln, ungeachtet ihres rechtlichen Migrationsstatus und unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen sozio-ökonomischen Herkunft, ihrer unterschiedlichen Sprachkenntnisse und psychosozialen Probleme, die sie verkörpern und mitbringen;
 14. Bildungsgewerkschaften sind auch ein wesentliches Element bei der Wahrung und Förderung der Rechte der Bildungsbeschäftigten unter den MigrantInnen und Flüchtlingen und sind damit ein entscheidender Faktor für eine gelungene Integration;
 15. eine der Hauptaufgaben von Bildungseinrichtungen, schulischen Gemeinschaften, Bildungsbeschäftigten und Bildungsgewerkschaften besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte und die Würde der Vertriebenen, ungeachtet ihres rechtlichen Status und in Einklang mit internationalem und europäischem Recht gewahrt werden¹;
 16. Bildungsgewerkschaften tragen wesentlich dazu bei, die Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa zu fördern und haben die nötige Weitsicht, Solidarität und Respekt für Andere zu fordern, selbst wenn sie mit zurückgehenden Mitgliederzahlen konfrontiert sind.

Eingedenk dessen, dass:

17. die Grundsätze von BI und EGBW eine zentrale Rolle spielen sowohl bei der Verteidigung der gleichen Zugangsrechte zu Bildung und einer fairen Behandlung von MigrantInnen, Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und all derer, die um internationalen Schutz ersuchen, als auch bei der Unterstützung von Aktionen zur Stärkung des Bewusstseins für die Notwendigkeit der Integration, aufbauend auf einer inklusiven hochwertigen Bildung und unter respektvoller Beachtung kultureller, ethnischer, religiöser, altersbedingter und geschlechtsspezifischer Unterschiede;

¹ Insbesondere Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen.



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

18. die Politik von BI und EGBW auf eine Anerkennung des wichtigen Beitrags der Bildungsgewerkschaften bei der Bekämpfung von Extremismus und Gewalt auf allen Ebenen der Bildungseinrichtungen und innerhalb der Gesellschaft insgesamt ausgerichtet ist, die Einbindung der Erziehung zum Frieden in alle Lehrpläne und auf allen Bildungsebenen fordert. Dabei benötigen die Bildungsgewerkschaften in dieser Hinsicht Unterstützung;
19. das EGBW Regierungen dazu drängt, Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung hohe Priorität einzuräumen, sowie in inklusive Bildungsprogramme, Bildungsbeschäftigte und deren Erstausbildung sowie berufliche Weiterentwicklung zur allgemeinen Anerkennung kultureller Vielfalt, Bekämpfung von Ungleichheit, Integration und Inklusion von MigrantInnen und anderer sozio-ökonomisch Benachteiligter und Kinder und Jugendlicher mit Förderbedarf, unterschiedlichen sprachlichen Bedürfnissen und unterschiedlichem kulturellen Hintergrund.

Bekräftigt das Engagement des EGBW und seiner Mitgliedsorganisationen,

20. weiterhin an der Sensibilisierung einzelner Mitglieder von Bildungsgewerkschaften, von SchülerInnen und Studierenden, Eltern und der Allgemeinheit zu arbeiten und ihre Aufmerksamkeit in Bezug auf inklusive Bildung und die Notwendigkeit der Integration zu schärfen;
21. jegliche diskriminierende Regierungspolitik und alle auf Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aufbauenden Reaktionen zu verurteilen, die rechtsradikalen Ideologien in Europa Vorschub leisten und potenziell zu einer Spaltung sowohl der Gesellschaft als auch der Bildungsgewerkschaftsbewegung selbst führen können;
22. mit Regierungen über ein unterstützendes Bildungswesen zu verhandeln, um allen sozioökonomisch benachteiligten SchülerInnen und Studierenden den Zugang zu einer guten Bildung zu erleichtern, mit Schwerpunkt auf einer integrativen Lernumgebung, hochwertigem Unterricht und einer besseren Leistungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen;
23. mit Regierungen und Bildungsbehörden über die Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen für Bildungseinrichtungen aller Bildungsebenen zu verhandeln, einschließlich a) Überbrückungsprogramme für Bildungsabsolventen mit ausländischen Qualifikationen, Einstellung von mehr qualifiziertem Bildungspersonal mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund, das zu Bedingungen eingestellt werden soll, die eine stabile, sichere und dauerhafte Beschäftigung garantieren, b) Ausbildung von Lehrkräften in inklusiver und interkultureller Kompetenz, sowie Zweitspracherwerb, c) Zurverfügungstellung adäquater Schulgebäude und Klassenzimmer, d) Bereitstellung von Lehrmaterial, und e) Entschädigung der Bildungsbeschäftigten für zusätzlichen individualisierten Unterricht und Arbeitsaufwand;
24. Bildungsgewerkschaften in ihren Möglichkeiten zu stärken, ihre Mitglieder und andere Akteure im Bildungswesen in den Bereichen der interkulturellen Kompetenz, des interkulturellen Dialogs, der Inklusion und des gegenseitigen Respekts zu schulen;



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

25. Bildungsgewerkschaften in ihrer Unterstützung der Bildungsbeschäftigten mit Flüchtlings- oder Migrationshintergrund zu stärken und ihnen zu helfen, die Anerkennung ihrer Lehrbefähigung und ihrer Mitgliedschaft in den lokalen Bildungsgewerkschaften zu erlangen, und sie außerdem in Fortbildungsprogramme der Bildungsgewerkschaften einzubinden;
26. aktiv zu werden, um die Sprachkenntnisse der MigrantInnen, Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und Menschen jeden Alters, die um internationalen Schutz ersuchen, in der/den offiziellen Landessprache/n der Aufnahmeländer zu verbessern, sowie in der/den Muttersprache/n der MigrantInnen, Flüchtlingen, AsylbewerberInnen, und Menschen jeden Alters, die internationalen Schutz ersuchen, durch einen personalisierten und inklusiven Ansatz;
27. MigrantInnen, Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und allen Menschen, die um internationalen Schutz ersuchen, Zugang zu Bildung und Integration am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, indem Bildungsbehörden und Bildungseinrichtungen, besonders im Hochschulbereich mit Unterrichtsprogrammen in englischer Sprache, aufgefordert werden, diesen Menschen Bildungsmöglichkeiten anzubieten;
28. durch Beiträge zur Strategie der Bildungsinternationalen, eine EGBW-Plattform für den Austausch unter Mitgliedsorganisationen betreffend ihre Tätigkeiten und bewährte Praktiken zur Verfügung zu stellen, um sich insbesondere mit den Herausforderungen befassen zu können, denen sich die Bildungsgewerkschaften und ihre Mitglieder in den Ländern mit hohem Anteil an MigrantInnen, AsylbewerberInnen, Flüchtlingen und Menschen, die um internationalen Schutz ersuchen, stellen müssen;
29. an regionale und nationale Bildungsbehörden und Regierungen sowie europäische und internationale Institutionen zu appellieren, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um das Recht auf Bildung zu wahren, zu schützen und zu erfüllen, insbesondere um MigrantInnen, AsylbewerberInnen, Asyl suchenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die um internationalen Schutz ersuchen, einen besseren Zugang zu Bildung und Lernerfolgen zu geben, insbesondere mit Augenmerk auf Lernumgebung, Unterrichtsqualität, frühkindlicher Entwicklung und beschleunigten Lehrprogrammen;
30. den Druck auf Regierungen und auf europäische und internationale Institutionen aufrecht zu erhalten, öffentliche Investitionen in Bildung Vorrang zu geben, damit die oben genannten Ziele erreicht werden können.